

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/197

14. Oktober 1971

Die Stunde des Untersuchungsausschusses

---

Zu den Diskussionen um den Parlamentarischen  
Geschäftsführer Karl Wienand

Von Herbert Wehner MdB  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 91 Zeilen

Reformprogramm wird zügig realisiert

---

Vorrang im neuen Bundesfinanzplan bis 1975

Seite 3 und 4 / 76 Zeilen

Zum Schutz der Jugend

---

Empfindlich höhere Strafen für Rauschgift-  
händler

Von Dr. Rolf Meinecke SPD-MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für  
Familie/Jugend/Gesundheit

Seite 5 / 29 Zeilen

Doch Opposition um ihrer selbst willen

---

Deutliche Worte zu der Einzelgesetz-Auflösung  
des Lebensmittelrechts

Seite 6 / 48 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

---

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9153  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 30 37 - 38  
Telefax: 0228 946 895 947/  
68598 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Stunde des Untersuchungsausschusses

---

Zu den Diskussionen um den Parlamentarischen  
Geschäftsführer Karl Wienand

Von Herbert Wehner MdB  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Am Dienstag, dem 28. September, hat die Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu beantragen, der feststellen sollte, ob im Zusammenhang mit dem Hamburger Flugzeugunglück einer Maschine der Firma "Paninternational" die Flugsicherheitsbestimmungen durch das Luftfahrtbundesamt (LBA) oder das Bundesverkehrsministerium korrekt oder zu nachsichtig gehandhabt und ob im letzteren Falle Einflüsse irgendwelcher Art ausgeübt worden sind. An diesem gleichen 28. September war uns ein in München erscheinender Informationsdienst "Aus erster Hand" zugeleitet worden, in dem Vorwürfe gegen den Parlamentarischen Geschäftsführer Karl Wienand erhoben wurden. Am 29. September ist dann von interessierter Seite versucht worden, die in diesem Dienst erhobenen Vorwürfe unter den in Bonn tätigen Journalisten zu verbreiten und auf diese Weise einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese beiden Vorgänge müssen im engen Zusammenhang gesehen werden.

Was wurde Wienand vorgeworfen? Er solle einen hochdotierten Beratervertrag haben, aufgrund dieses Vertrages - also für Geld! - beim Bundesverkehrsministerium und beim LBA darauf gedrungen haben, mit "Paninternational" in Sachen Flugsicherheit - gelinde gesagt - nachsichtig umzugehen. Dies sei, so wurde ohne Rücksicht auf den inzwischen vorliegenden und auch der Öffentlichkeit bekanntgemachten Bericht des LBA über die Ursachen des Hamburger Unglücks argumentiert, der tiefere Grund für die Katastrophe, bei der 22 Menschen den Tod gefunden haben. Gegen Wienand müsse wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung ermittelt werden.

Nachdem mir Karl Wienand von sich aus erklärt hatte, daß er vor dem Untersuchungsausschuß gehört zu werden wünscht, um dort seine Beziehungen zur Firma "Paninternational", an denen nichts ehrenrühriges sei, zu erörtern, habe ich ihm am 29. September dringend empfohlen, die gegen ihn erhobenen Verdächtigungen zurückzuweisen und alle weiteren Erklärungen aber dem Untersuchungsausschuß vorbehalten sein zu lassen, weil mir dies als die legitime Stelle erscheine, die - vom Bundestag eingesetzt - volle Aufklärung herbeiführen könne und müsse. So sehr ich das Bemühen der Presse achte und schätze, die Öffentlichkeit umfassend zu informieren - und ich möchte daran keine Abstriche gemacht wissen -, so wenig kann dies, wie ich glaube, ein Ersatz für die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses sein.

Uns lag daran, möglichst bald durch diesen Ausschuß Klarheit zu bekommen, sowohl, was das Untersuchungsthema im Ganzen angeht, als auch im besonderen hinsichtlich der gegen Wienand erhobenen Vorwürfe. Leider ist diese Absicht nicht in vollem Umfang verwirklicht worden. Die Journalisten - in diesem Falle die

Journalisten des "Stern" - waren schneller, was ich ihnen nicht verdenke, als die schwerfällige Maschinerie des Deutschen Bundestages, was ich dieser sehr wohl verdenke. Ich habe noch am Abend des 28. September, als mir der Beschluß der CDU/CSU-Fraktion übermittelt wurde, diese wissen lassen, daß wir eine baldmögliche Arbeitsaufnahme des Ausschusses für richtig hielten. Ich habe mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, dem Kollegen Rasner, vereinbart, daß die Konstituierung in der folgenden, an sich sitzungsfreien Woche erfolgen solle, und ich habe in Übereinstimmung auch mit der FDP diesen Wunsch in der Bundestagsdebatte vom 1. Oktober bei der Einsetzung des Ausschusses zum Ausdruck gebracht. Am Mittag des gleichen Tages habe ich die Benennung der Ausschußmitglieder der CDU/CSU angemahnt, am 5. Oktober hat mein Fraktionskollege Dr. de With in Briefen an den Bundestagspräsidenten und den Kollegen Wörner um die alsbaldige Einberufung des Ausschusses gebeten, und als ich am vergangenen Montag erfuhr, es sei nicht klar, ob die Konstituierung am Donnerstag oder Freitag oder in dieser Woche überhaupt nicht vorgenommen werden solle, habe ich erneut beim Bundestagspräsidenten interveniert. Der "Stern" war schneller.

Karl Wienand hat also nicht durchhalten können, was wir besprochen hatten, und so hat er das angesichts veränderter Umstände einzig richtige getan: er hat sich trotz seiner Krankheit und gegen das Verbot seines Arztes selbst der Presse gestellt. Er wollte es nicht - und dies habe auch ich für richtig gehalten - mit papierernen Erklärungen bewenden lassen. Was er vorgetragen hat, mag jeder nach seiner Art bewerten, aber einen Anhaltspunkt für den zunächst erhobenen Vorwurf, er habe sich, wenn auch nur mittelbar mitschuldig am Hamburger Unglück gemacht, gibt es jedenfalls nicht.

Ich habe den Werdegang des Abgeordneten Karl Wienand seit seiner ersten Wahl im Jahre 1953 stets mit besonderer Anteilnahme begleitet, ich habe gesehen, wie er sich mit zähem Fleiß und durch manche, manchmal unverdiente Niederlagen vorangearbeitet hat und wie er mit seinen Aufgaben gewachsen ist. Und darum habe ich wenig Verständnis dafür, daß jetzt, nachdem er jedenfalls über alle Dinge im politischen Bereich Klarheit geschaffen hat, nun noch alle möglichen unbewiesenen Verdächtigungen ausgesprochen werden.

Meine Fraktion hat den Untersuchungsausschuß in Sorgfalt besetzt mit dem Staatsanwalt Dr. de With, mit dem Wirtschaftsprofessor Dr. Schachtschabel und unserem Obmann im Verkehrsausschuß Ernst Haar - mit Abgeordneten also, die über den Verdacht erhaben sind, irgendwelchen Einflüssen zu erliegen, von wem immer sie ausgehen könnten. Der Untersuchungsausschuß bemüht sich jetzt, die leider verlorene Zeit durch ein forciertes Tempo wieder aufzuholen. Wenn noch etwas aufzuklären ist, so sollte es dieser Ausschuß tun und zwar bald. (-/ex/14.10.1971/bgy)

+ . +

Reformprogramm wird zügig realisiert

Vorrang im neuen Bundesfinanzplan bis 1975

Die CDU/CSU-Opposition und die ihr nahestehende Presse verbreiten laudum laudab, daß die Politik der inneren Reformen bei den Kabinetts-Beratungen über den Haushaltsentwurf 1972 und den neuen Finanzplan bis 1975 dem Rotstift zum Opfer gefallen sei. In diesem Zusammenhang muß eine neue Große Anfrage der CDU/CSU gesehen werden, in der danach gefragt wird, ob und inwieweit das Arbeitsprogramm der Bundesregierung zu den inneren Reformen nach den Kabinettsbeschlüssen über den Haushalt 1972 und den neuen Finanzplan durchgeführt wird.

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort vom 14. Oktober 1971 den Nachweis erbracht, daß die Opposition einen Wunschdenken erlegen ist. In ihrer Antwort macht die Bundesregierung anhand des neuen Finanzplanes deutlich, daß der Haushaltsentwurf für das Jahr 1972 und der neue Finanzplan bis 1975 den Erfordernissen der Solidität der Bundesfinanzen und der Stabilität Rechnung tragen und zugleich den inneren Reformen Vorrang einräumen:

1/ Für sämtliche mit Ausgaben verbundenen Schwerpunkte der Reformpolitik sind die Mittel im neuen Finanzplan eingeplant.

2/ Darüber hinaus sind für acht geplante Vorhaben, deren Finanzierung von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der Opposition zur Reformpolitik Mitte März als noch nicht gesichert bezeichnet worden war, die erforderlichen Mittel im neuen Finanzplan bis 1975 ausgewiesen.

Bei den Maßnahmen, deren Finanzierung nunmehr gesichert ist, handelt es sich u.a. um das kürzlich vom Kabinetts verabschiedete Umweltschutzprogramm, die Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung für Landwirte, die weitere Verbesserung der landwirtschaftlichen Altershilfe, den ab 1973 geplanten Bau einer Versuchsstrecke für eine Hochleistungsschnellbahn und die mit der Verkürzung der Wehrdienstzeit auf 15 Monate verbundenen Mehrkosten.

Natürlich hat auch das Reformprogramm zur Konsolidierung der Bundesfinanzen beitragen müssen. Dies geschah durch die zeitliche Streckung einiger Maßnahmen, wie z.B. der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung für Landwirte; die geplante Verwirklichung dieser Vorhaben bis zum Ende der Legislaturperiode wird dadurch aber nicht infrage gestellt. Die Bundesregierung erklärt in der Antwort unmißverständlich, daß sie daran festhält, die Ziele ihrer Reformpolitik bis zum Ende der Legislaturperiode zu verwirklichen. Sie gibt in ihrer Antwort - nur sieben Monate nach der Antwort auf die letzte Reformanfrage der CDU/CSU - erneut Rechenschaft über den Stand der

Verwirklichung ihres Arbeitsprogramms zu den inneren Reformen. Danach wurden seit März 21 wichtige Gesetze aus dem Reformprogramm der Bundesregierung vom Parlament verabschiedet, darunter

- die Einführung der gesetzlichen Unfallversicherung für Schüler, Studenten und Kinder in Kindergärten;
- das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz;
- das Städtebauförderungsgesetz;
- das Gesetz zur Herabsetzung des Bleigehalts im Kraftfahrzeugbenzin;
- das Bundesausbildungsförderungsgesetz; und
- das Graduiertenförderungsgesetz.

Aber auch die Regierung selbst war fleißig. Seit März hat sie 22 wichtige Vorhaben aus ihrem Reformprogramm beschlossen und - soweit es sich um Gesetze handelt - dem Parlament zur Verabschiedung zugeleitet, darunter das Wohnungsbauänderungsgesetz 1971 (Durchführung des langfristigen Wohnungsbauprogramms der Bundesregierung); die Novelle des Kartellgesetzes; die Ehescheidungsreform; das Tierschutzgesetz; das Bundes-Immissionsschutzgesetz; das DDT-Verbotsgesetz; die Erhöhung der Einkommensgrenze für das Zweitkindergeld; und das Umweltschutzprogramm.

Die CDU/CSU hätte - statt ihre neue Große Anfrage vorzeitig am 27. September 1971 einzubringen - besser die Vorlage des Textes des neuen Finanzplanes abwarten sollen. Sie hätte sich ihre Fragen dann am 8. Oktober 1971 aus dem Finanzplan selbst beantworten können. Aus der Reaktion der CDU/CSU-Op-  
position auf die Antwort der Bundesregierung wird man sehen, ob es ihr wirklich darum ging, über die Regierungsarbeit informiert zu werden oder nur um eine Gelegenheit, ihr ständiges "Nein" zur Reformpolitik zu wiederholen. Wahrscheinlicher ist letzteres. Die Reformpolitik der Bundesregierung ist der CDU/CSU unangenehm, denn das Arbeitsprogramm der Bundesregierung zu den inneren Reformen ist sozusagen das Spiegelbild der Versäumnisse der CDU/CSU in der Zeit, als sie die Regierungsverantwortung trug.

(Isch/ee/14.10.1971/bgy)

+ + -

Zum Schutz der Jugend

Empfindlich höhere Strafen für Rauschgift Händler

Von Dr. Rolf Meinecke SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend/Familie/Gesundheit

Wenn am Freitag im Deutschen Bundestag der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Opiumgesetzes verabschiedet wird, dann dürften wir der gesetzlichen Lösung des Rauschmittelproblems, das uns seit geraumer Zeit auf den Nägeln brennt, einen guten Schritt nähergekommen sein. Mit der jetzt vorliegenden Form des Opiumgesetzes werden die Strafen für Rauschgift Händler empfindlich erhöht. In besonders schweren Fällen kann eine Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren verhängt werden, wobei eine Mindeststrafe von einem Jahr vorgesehen ist.

Erfreulich ist es, dass in den Ausschüssen auf Betreiben der SPD-Bundestagsfraktion der Regierungsentwurf dahingehend revidiert wurde, dass sogenannte passive Täter eine mildere Bewertung erfahren können. Im Gesetzesentwurf ist deshalb eine Klausel zugunsten der passiven Täter, die gewöhnlich als Opfer der Händler anzusehen sind, eingeführt worden, die unter bestimmten Voraussetzungen dazu ermächtigt, von Strafe abzusehen.

Damit ist es gelungen, dass Ersttäter und passive Kleintäter unter Berücksichtigung ihrer besonderen individuellen Situation entkriminalisiert werden können.

Das neue Opiumgesetz wird das Rauschmittelproblem freilich nicht allein lösen können. Die Erscheinung des Drogenmissbrauchs und die alarmierende Zunahme der Rauschgiftsucht in allen modernen Nationen macht allen klar, dass irgendetwas in unserer Gesellschaft nicht stimmt und dass es sich letzten Endes um gestörte Gemeinschaftsbeziehungen handelt. Wir werden uns in Zukunft verstärkt darum kümmern haben, nach den Gründen dieser gestörten Beziehungen zu suchen und diese abzubauen. Allein mit gesetzlichen Massnahmen ist das Problem der Rauschmittelsucht nicht zu lösen.

(-/ex/14.10.1971/na)

### Doch Opposition um ihrer selbst willen

---

#### Deutliche Worte zu der Einzelgesetz-Auflösung des Lebensmittelrechts

Opposition um der Opposition willen, so könnte man das bezeichnen, was sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Antwort auf die von der Bundesregierung vorgelegte Gesamtreform des Lebensmittelrechts hat einfallen lassen. Aus einem in sich abgerundeten Entwurf, der das gewiß sehr umfangreiche Gebiet unter einheitlichen Gesichtspunkten neu zu regeln sucht, werden flugs fünf Einzelgesetze gemacht.

Nun wäre prinzipiell nichts dagegen einzuwenden, wenn man damit eine größere Transparenz erreichen würde. Daß dies aber nicht unbedingt beabsichtigt ist, geht aus den Vorblättern zu allen fünf Entwürfen klar hervor. Dort heißt es: "Schließlich kann die Aufteilung der im Regierungsentwurf gesägten Materien... entscheidend dazu beitragen, daß die Verabschiedung der Neuregelung über Gegenstände, deren parlamentarische Beratung relativ rasch abgeschlossen werden kann, nicht durch sich länger hinziehende Beratungen über andere Gegenstände des Regierungsentwurfs, die aus der Sache heraus mit Sicherheit zu erwarten sind, unverhältnismäßig verzögert wird."

Wo sind nun diese Schwierigkeiten "aus der Sache heraus mit Sicherheit zu erwarten"? Die Vorblätter der Oppositionsentwürfe können dazu keine Auskunft geben. Liest man aufmerksam die Splitterentwürfe durch, so kann man aber versteckt eher Verschlechterungen als Verbesserungen gegenüber dem Regierungsentwurf entdecken. Dazu zwei Beispiele:

Im Regierungsentwurf ist vorgesehen, die Verwendung von nach dem Arzneimittelgesetz verschreibungspflichtigen Stoffe für Kosmetika zu verbieten, weil sich gerade aus einer Daueranwendung gesundheitliche Bedenken ergeben. Dagegen fehlt eine solche Bestimmung im Oppositionsentwurf gänzlich. Aber auch aus der im Regierungsentwurf vorgesehenen klaren Verordnungsermächtigung, durch die die Herstellung und der Handel mit bestimmten Kosmetika von einer Genehmigung oder Anzeige abhängig gemacht werden kann, werden bei der Opposition vage Formulierungen.

Geradezu weltfremd wird es in dem Unions-Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Bedarfsgegenständen. U.a. fällt auch Spielzeug unter diesen Oberbegriff. Gerade hier wird der Gesundheitsschutz auf den "bestimmungs- und sachgemäßen" Gebrauch beschränkt. Um im Klartext zu reden: Der bestimmungs- und sachgemäße Gebrauch eines Spielzeugautos ist sicher das Nachziehen an einer Leine. Steckt das Kleinkind, was sicher viel häufiger der Fall ist, dieses Auto in den Mund, hat es sich eventuelle Folgen selbst zuzuschreiben, denn ein solcher Gebrauch ist kaum sachgemäß zu nennen.

Als die Bundesregierung ihren Entwurf vorlegte, wurde allgemein in der Öffentlichkeit begrüßt, daß auch auf dem so wesentlichen Gebiet des Lebensmittelrechts ein umfassendes und überschaubares Gesetzwerk vorhanden sein sollte. Für die CDU/CSU ist es lediglich der Versuch, Verschiedenartiges und Unvereinbares unter einen Hut zu bringen.

Peter-Paul Henckel  
(-/ex/14.10.1971/bgy)